

Generalstaatsanwalt Wolf bestätigt Anruf Gabriels

„Es war das einzig Richtige, was er machen konnte“ – Interne Ermittlungen

Von Henning Noske

BRAUNSCHWEIG. In der Braunschweiger Staatsanwaltschaft gibt es interne Ermittlungen wegen des Verdachts des Verrats von Dienstgeheimnissen. Das bestätigte Generalstaatsanwalt Norbert Wolf gestern unserer Zeitung.

Hintergrund sind Informationen über ein Telefongespräch zwischen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und dem Generalstaatsanwalt sowie dienstliche Vermerke darüber. „Jetzt ist zu prüfen, wie es dazu kommen konnte, dass Dienstgeheimnisse verraten wurden. Ich bin fuchsteufelswild“, sagte Wolf.

Auf diese Informationen angesprochen, bestätigte der Generalstaatsanwalt, dass Gabriel ihn am 15. September um 16.50 Uhr angerufen habe. Dabei habe ihm der Bundesumweltminister und SPD-Bezirksvorsitzende von einem anonymen Anruf berichtet, den er eine Stunde zuvor bekommen habe.

Der anonyme Anrufer habe Gabriel, so die Darstellung Wolfs, vom Verdacht gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden in Salzgitter berichtet. Gegen diesen wird, wie berichtet, mittlerweile wegen des Verdachts ermittelt, auf seinem Computer kinderpornographische Dateien gesammelt zu haben.

„Gabriel berichtete mir von dem anonymen Anruf. Außerdem erklärte er, daraufhin bei dem Beschuldigten angerufen und ihn gefragt zu haben, was an der Sache dran sei. Die Antworten seien ihm spanisch vorgekommen“, sagte Generalstaatsanwalt Wolf.

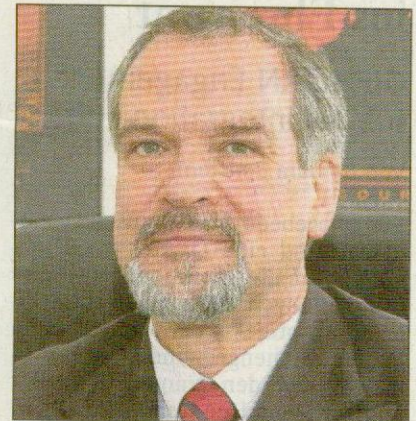
„Schneller als es der normale Gang gewesen wäre“

Auf Nachfragen unserer Zeitung erklärte Wolf, Gabriel habe ihm übermitteln wollen, dass nach seinem Eindruck aus dem Gespräch mit dem Beschuldigten an dem Verdacht etwas dran sein könnte.

Wolf: „Es ist ungewöhnlich, dass ein Bundesminister einen Generalstaatsanwalt anruft, mir ist es noch nicht vorgekommen. Allerdings ist es auch ganz korrekt und war das einzig Richtige, was er machen konnte. Mein Eindruck war, dass er erreichen wollte, dass die Ermittlungen



Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Archivfoto: Peter Sierigk



Generalstaatsanwalt Norbert Wolf. Archivfoto: David Taylor

gen vorangehen.“

Von unserer Zeitung befragt, erklärte Sigmar Gabriel: „Ich habe nur das getan, was jeder Staatsbürger tun sollte, wenn er von einer Straftat erfährt und den Eindruck gewinnt, dass an den Vorwürfen etwas dran sein könnte: Ich habe die Strafverfolgungsbehörde, also die Staatsanwaltschaft, informiert. Dort wurde aber wohl schon ermittelt.“

Gabriels Anruf hatte Konsequenzen: Wolf forderte noch am 15. September einen Bericht des Leitenden Oberstaatsanwalts an.

Bei der Polizei in Salzgitter wusste man seit dem 11. September von dem Vorgang. Ein Zeuge hatte sich an diesem Tag gemeldet. Auf einem alten Computer des SPD-Fraktionsvorsitzenden, den er vom Schrottcontainer gefischt und mit dessen Erlaubnis mitgenommen hatte, habe er die Bilder gefunden – und den PC bei der Polizei abgeliefert.

Am 17. September wurde die Festplatte dieses Schrott-PC von Spezialisten untersucht – dabei wurde das illegale Material gefunden und gesichert.

Die für solche Fälle zuständige Staatsanwaltschaft Hannover wurde eingeschaltet. Jetzt ging es darum, einen Haus-Durchsuchungsbeschluss zu erwirken, um möglicherweise weiteres Material auf dem neuen Computer des Verdächtigen zu sichern.

Innerhalb der Braunschweiger Staatsanwaltschaft wurde vor diesem Hintergrund offenbar befürchtet, der Erfolg der Hausdurchsuchung könne durch Gabriels Anruf bei dem Beschuldigten in Frage gestellt sein. Danach gefragt, bestätigte

Generalstaatsanwalt Wolf gestern unserer Zeitung: Nach Gabriels Anruf bei ihm sei „Gefahr in Verzug“ gewesen. Im Resultat habe also Gabriels Anruf bei ihm den Vorgang stark beschleunigt. „Es ging dann alles schnell, schneller als es der normale Gang gewesen wäre.“

Im Resultat erbrachte die Hausdurchsuchung, wie gestern berichtet, weiteres Belastungsmaterial. Der unter Verdacht stehende Lokalpolitiker lässt wegen der Vorwürfe alle Ämter in Fraktion und Partei ruhen.

„Derart schwere Straftaten muss man melden“

Gabriel erklärt: „Ich denke jedenfalls, dass man derart schwere Straftaten melden muss, egal, ob es sich bei den Betroffenen um ein Mitglied der eigenen Partei handelt oder nicht. Und auch egal, ob gerade Wahlkampf ist. Alles andere wäre Strafvereitelung. Dass nun mein Anruf bei der Staatsanwaltschaft durch Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft kurz vor der Bundestagswahl Journalisten gesteckt wurde, mag Zufall sein oder nicht. Eine Straftat ist das auch in jedem Fall und wirft kein gutes Licht auf die Behörde. Nun muss sie auch gegen sich selbst ermitteln.“

Generalstaatsanwalt Wolf kündigte verwaltungsinterne Ermittlungen an. Es sei nicht hinnehmbar, dass Menschen, die sich an einen Generalstaatsanwalt wendeten und offenbarten, anschließend befürchten müssten, dass vertrauliche Informationen nach außen dringen. Es mache keinen Unterschied, ob es sich dabei um einen Minister handle.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

PEINER NACHRICHTEN

DAS WETTER



2°

6°

2°

morgens

mittags

nachts

HEUTE

6 Seiten
Wirtschafts-
Register



Mittwoch, 14. Oktober 2009

unabhängig · nicht parteigebunden

Nr. 239 · 64. Jahrgang · 1,10

Staatsanwaltschaft wehrt sich gegen Vorwürfe

SALZGITTER Informationen über Kinderpornografie-Verdacht gegen Ratsherren sollen durchgesickert sein

Von Michael Ahlers

Der Fall schlug hohe Wellen. „Ich bin fuchsteufelswild“, hatte der Braunschweiger Generalstaatsanwalt Nobert Wolf geschimpft.

Seit Details zum Fall des Salzgitteraner SPD-Politikers bekannt wurde, dem der Besitz von Kinderpornografie vorgeworfen wird, laufen interne Ermittlungen. Wurden aus der Justiz heraus Dienstgeheimnisse verraten?

Bekannt wurde, dass Bundesumweltminister Sigmar Gabriel dem Generalstaatsanwalt am Telefon von einem anonymen Anruf berichtet hatte. Der anonyme Anrufer hatte Gabriel, der auch SPD-Bezirkschef ist, von dem Verdacht gegen den Kommunalpolitiker berichtet.

„Ungewöhnlich“ nannte Wolf diesen Anruf eines Bundesministers bei

der Justiz, „allerdings auch ganz korrekt und das einzig Richtige, was er machen konnte“.

Das Heraussickern von Informationen über interne Telefonate ist für Wolf allerdings nicht hinnehmbar. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig betont nun, dabei keine Rolle gespielt zu haben. „Es gibt bislang nicht den geringsten Hinweis darauf, dass die Braunschweiger Staatsanwaltschaft ihren eigenen an das Justizministerium gerichteten Bericht der Öffentlichkeit zugespield haben könnte“, heißt es in einer Erklärung

„Gabriels Anruf war ungewöhnlich, allerdings auch ganz korrekt und das einzig Richtige, was er machen konnte“

Generalstaatsanwalt Wolf

der Staatsanwaltschaft zum „Leser-Ombudsrat“ unserer Zeitung, Ausgabe vom 12. Oktober.

„Mit aller Deutlichkeit muss klar gestellt werden, dass die Staatsanwaltschaft Braunschweig sich gegen jedwede Vorwürfe wehrt, mit dieser Indiskretion etwas zu tun zu haben“, heißt es weiter.

Der fragliche interne Bericht sei an die Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig, das Justizministerium in Hannover und danach auch an die Staatsanwaltschaft Hannover gegangen, so die Staatsanwaltschaft

Braunschweig weiter. Justizministerium, Staatsanwaltschaft Hannover und Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig allerdings weisen den Verdacht ebenso von sich wie die Kollegen der Staatsanwaltschaft.

„Wir haben keine Anhaltspunkte dafür, dass ein Mitarbeiter dieses Hauses die in Rede stehenden Informationen an die Öffentlichkeit gegeben haben könnte“, sagte Frank Im Sande, Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig, unserer Zeitung.

Ermittlungen liefen, erinnert im Sande daran, dass der Fall noch nicht bei den Akten liegt.

Dass die internen Ermittlungen Greifbares zutage fördern, glaubt man aber inoffiziell in Justizkreisen nicht. „Das wird so enden wie eigentlich immer“, heißt es hinter vorgehaltener Hand.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

PEINER NACHRICHTEN

DAS WETTER



5°

morgens



8°

mittags



5°

nachts

TV-MAGAZIN

Das komplette
Programm
der nächsten
Woche



Freitag, 26. Februar 2010

unabhängig · nicht parteigebunden

Nr. 48 · 65. Jahrgang · 1,10

Ex-Politiker aus Salzgitter angeklagt

Staatsanwaltschaft fand 721 Kinderporno-Dateien auf Computern

Von Ingo Kugenbuch

SALZGITTER. Die Staatsanwaltschaft Hannover hat Anklage gegen Daniel G. Hiemer, den ehemaligen SPD-Ratsfraktionschef in Salzgitter, erhoben. Sie hat auf seinen Computern 721 kinderpornografische Dateien gefunden.

Auf den Bildern seien unter anderem der sexuelle Missbrauch von Kindern durch Erwachsene sowie sexuelle Handlungen von Kindern untereinander dargestellt, sagt Eckart Müller-Zitzke, Direktor des Amtsgerichts Salzgitter, unserer Zeitung.

„Der Beschuldigte soll sich die Bilder aus Chatrooms, Tauschbör-

sen und Newsgroups im Internet beschafft und sie dann abgespeichert haben“, sagt Müller-Zitzke. Die Kinderporno-Dateien seien auf mehreren Computern mit insgesamt fünf Festplatten gefunden worden.

„Der zuständige Kollege am Amtsgericht muss nun über die Zulassung der Anklageschrift und die Eröffnung des Verfahrens entscheiden“, sagt Müller-Zitzke. Das sei ein Prozess, der noch mehrere Wochen dauern könne.

Die Staatsanwaltschaft hatte im September vergangenen Jahres auf Hiemers privaten Computern kinderpornografische Dateien gefunden. Untersucht wurden auch Rechner an seinem Arbeitsplatz im

Volkswagenwerk Salzgitter sowie bei der SPD im Salzgitteraner Rathaus.

Der Diplom-Volkswirt war acht Jahre lang Ratsmitglied, davon anderthalb Jahre Chef der Rats-SPD. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen ihn hatte er seine politische Tätigkeit zunächst ruhen lassen, Anfang Oktober trat er schließlich von allen Ämtern zurück.

„Aufgrund der extremen psychischen Belastungen für meine Ehefrau, unsere Familien und auch meine Person durch das Medieninteresse an meinem Fall“ habe er sich zu diesem Schritt entschlossen, ließ er damals von seiner Partei mitteilen.

BRAUNSCHWEIGER

ZEITUNG

PEINER NACHRICHTEN

DAS WETTER



13° - 14°
Samstag



4° - 2°
nachts



15° - 17°
Sonntag

HEUTE

26 Seiten
Immobilien-,
Stellen- und
Kfz-Anzeigen



Samstag, 17. April 2010

unabhängig · nicht parteigebunden

Nr. 89 · 65. Jahrgang · 1,40 €

721 Kinder pornos auf dem Computer

SALZGITTER Bewährungsstrafe für Ex-Ratsherrn

Von Martin Ochmann

Das Amtsgericht Salzgitter hat den ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion in Salzgitter wegen des Besitzes von Kinderpornografie zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Ermittler hatten auf privaten Computern des 37-Jährigen mindestens 721 Dateien mit Kinder pornos gefunden. Der ehemalige Ratsherr gestand zu Beginn der Verhandlung, dass er sich die Bilder im Internet beschafft hat und sie sich auf seinem Rechner befanden. Weitere Angaben machte er nicht.

Eine Tatsache, die dem Staatsanwalt sauer aufstieß: „Sie haben es hier versäumt, die Tat zu hinterfragen und Antworten zu geben. Wen habe ich vor mir sitzen? Wenn ich die ganzen Tier- und Kinder pornos sehe, muss ich befürchten, dass da etwas sehr im Argen ist.“

Über seinen Anwalt ließ der Ange-

klagte erklären, dass die Dateien beim Runterladen von Bildern aus dem Internet zufällig auf dem Rechner gelandet seien. Therapiebedürftig sei er nicht, so der Angeklagte.

Auch den Richter überzeugte diese Erklärung nicht. Er hielt die Verhängung einer Freiheitsstrafe für „unerlässlich“, auch wenn in derartigen Fällen eine Geldstrafe üblich sei. „Aber diese abscheulichen Bilder zeigen furchtbare Straftaten“, so der Richter. Damit der 37-Jährige nicht vorbestraft ist, beließ es der Richter aber bei der dreimonatigen Bewährungsstrafe.

Der ehemalige Fraktionschef war ins Visier der Ermittler geraten, nachdem auf einem Computer von ihm, den er weggegeben hatte, Kinder pornos gefunden worden waren. Im September 2009 durchsuchte die Polizei deswegen sein Haus und beschlagnahmte weitere Computer. Auch auf diesen wurden teilweise Kinder pornos gefunden. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe trat der Mann von allen Ämtern zurück.



BS- Ag. 28.02.2005

Artikel drucken

Nachrichten / Gifhorn

Böse Worte aus den eigenen Reihen

Unterbezirksparteitag der SPD in Adenbüttel – Landesfraktionschef Sigmar Gabriel als Referent zu Gast

Von Reiner Silberstein



Großansicht

ADENBÜTTEL. Entschlossen und einmütig könnte man die Stimmung beim Unterbezirksparteitag der SPD in Adenbüttel bezeichnen. Wenige böse Worte gab am Samstag es eigentlich nur in Richtung Gastredner: zum Landes-Fraktionschef Sigmar Gabriel.

"Du hast der SPD mit deiner Briefkastenfirma sehr geschadet", wettete Wolfgang Hellmann vom Ortsverein Hankensbüttel, "ein Rücktritt wäre moralisch richtig gewesen." Doch Gabriel, der "konservativen Kampagne" wegen seiner ehemaligen Nebentätigkeit mittlerweile leid, konterte: "Du bist zu weit gegangen und musst schon bei der Wahrheit bleiben. Ich habe nichts Strafbares begangen. Ich habe eine Firma gegründet, die für VW gearbeitet hat, das ist was anderes als

Kinderpornografie!" Dennoch gab er zu, einen Fehler gemacht zu haben: "Ich habe zu lange geschwankt, ob ich in der Politik bleiben will oder nicht."

Gabriel bekam volle Rückendeckung von der übrigen Versammlung, insbesondere vom Landtagsabgeordneten Hubertus Heil: "Es gibt einen Unterschied zwischen echten Skandalen und Dingen, die skandalisiert werden, obwohl sie gar nicht skandalös sind. Ich gucke nicht zu, wie unsere Leute von einer CDU-Kampagne kaputt gemacht werden." Dies bezog sich nicht nur auf Gabriel, sondern auf alle Genossen, die wegen ihrer Nebentätigkeiten im Rampenlicht stehen. Gabriel: "Wir wollen aktive Betriebsräte im Landtag haben, das ist doch unsere Stärke." Sein Dank galt Klaus Schneck: "Hättest du nicht ausgehalten, hätte Wulff einen Sieg davongetragen."

Die Entschlossen- und Einmütigkeit der 84 Delegierten zeigte sich aber bei den Sachthemen – und sie schlug sich auch in den Anträgen nieder. So sprachen sich die Sozialdemokraten dafür aus, dass künftig die Landes- und Bundestagsabgeordneten alle Einkünfte offen zu legen haben.

Ganz oben auf der Liste stand die Bildungspolitik – alle Schulen sollen Ganztagschulen werden. Gabriel: "Die Politik des Landes ist aber Etikettenschwindel auf dem Rücken der Schüler!" Es würden zusätzliche Schulgebäude gebaut, aber keine zusätzlichen Lehrer dafür eingestellt. "Die CDU hat sich nie um Ganztagschulen gekümmert", bemerkte Unterbezirksvorsitzender Detlef Tanke, "jetzt gibt sie sie als ihre Idee aus." Außerdem forderten die Sozialdemokraten die Rückkehr zur Lehrmittelfreiheit, die Erweiterung des Gesamtschulangebots, kostenfreie Schülerbeförderung, die Einrichtung von verpflichtenden Vorschulen und einen Verzicht auf Studiengebühren. An den Kreistag ging der Appell, die Busfahrpläne für Schüler so umzugestalten, dass der Unterricht überall zwischen 7.30 und 8.30 Uhr beginnen könne und niemanden eine längere Fahrzeit als 30 Minuten zugemutet werde.

Der neue Vorstand des Unterbezirks: Vorsitzender: Detlef Tanke; Stellvertreter: Inge Elvers und Jürgen Beckmann; Beisitzer: Klaus Schneck, Gunter Wachholz, Jan Schwarz,

Jochen Thomsen, Britta Schliephacke, Jörg Heuer, Antonio Battiata, Gerda Grete, Meike Pollak, Kerstin Randhahn und Christian Scharping.

Geehrte: Werner Nübler, Sylvia Diotallevi-Valentiner, Felix Maleschewski und Heinz Niehoegen.

Montag, 28.02.2005

Quelle: <http://www.newslick.de/index.jsp/artid/3802924/menuid/2160>